

# Bericht aus dem Bundeshaus

## Winter-Session 2002

**Auch wenn ich kaum an Feierlichkeiten teilnahm: An Höhepunkten fehlte es in dieser Session nicht. Allerdings hat die Politik auf Bundesebene durch eine zunehmende Radikalisierung ihren Glanz verloren. Daran ändern auch immer mehr Fernsehkameras und Scheinwerfer nichts.**

Auch dieses Mal möchte ich meinen Bericht im Vorfeld der Session beginnen. Ich weiss nicht, wie Sie die Initiative gegen den Asylmissbrauch beurteilt haben. Mit mir sind Sie sicher gegen Missbrauch und bereit, dort den Riegel zu schieben, wo unsere humanitäre Tradition von Schleppern, Menschenhändlern, Schwarzarbeitern und Profiteuren unterlaufen wird. Dass aber schon das Stellen eines Asylgesuchs als Missbrauch angesehen wird, gab mir zu schaffen. Stellen Sie sich vor, Sie reichen ein Baugesuch ein und bekommen Bescheid, man trete auf Ihr Gesuch nicht ein, es sei missbräuchlich gestellt worden. Zu Recht würden Sie vermerken, wofür man denn eine Bauordnung habe. Sie hätten doch Anspruch darauf, dass Ihr Gesuch geprüft würde. Schliesslich könne man es ja ablehnen. Dazu sei eine Begründung erforderlich (die Sie allenfalls anfechten könnten). Ebenso verhält es sich mit dem Asylrecht.



Die Ratspräsidenten für 2003:  
Yves Christen (NR) und Gian-Reto Plattner (SR).

Über den knappen Volksentscheid ist sicher niemand froh, die Initianten nicht (die sich zwar gebärden, als hätte ihre Partei die Hälfte des Schweizer Volks hinter sich), und auch nicht die Gegner (die zu Recht befürchten, dass nun bei der Revision des Ausländer- und des Asylgesetzes Maximalforderungen gestellt werden. Interessant und wohl

nicht allen Befürwortern der Initiative bekannt ist, dass ausgerechnet die SVP ein Kontingent von billigen Arbeitern ins Ausländergesetz schreiben will und bei der Schwarzarbeit Schlupflöcher beantragt hat. Die Arbeit in der Staatspolitischen Kommission dürfte durch die Abstimmung nicht leichter werden. Bereits hat die SVP beantragt, die Revision des Asylgesetzes dringlich vorzuziehen. Ich werde mein Augenmerk darauf richten, dass die Menschenwürde nicht mit Füssen getreten wird.



*Darf die SVP nach der Abstimmung über die Asylmissbrauchsinitiative behaupten, sie spreche für die halbe Schweizer Bevölkerung? Erst die nächsten Wahlen werden darauf eine Antwort geben.*



*Liebe Freunde*

*Ich verhehle es nicht: Mir bangt um die Zukunft unseres Landes. Zwar soll in einem Parlament gestritten werden. Und das ist möglich, ohne sich zu verfeinden. Doch die Fronten verhärten sich.*

*Unanstand macht sich wieder breit wie zu Beginn des letzten Jahrhunderts, als die Evangelischen sich zusammen taten, um dem bürgerlichen Egoismus und dem sozialistischen Atheismus entgegen zu treten. Treibende Kraft in der jetzigen Radikalisierung ist die opportunistisch argumentierende SVP. Nur starke Persönlichkeiten können es sich leisten, die Parteilinie nicht mitzutragen. Es gibt Ausgrenzungen und Verunglimpfungen wie "halber SVP-Bundesrat" oder die öffentliche Erklärung, ein Mitglied "werde in der Fraktion keine Rolle mehr spielen".*

*Die Art und Weise, wie die SVP die Bundesrats-Ersatzwahl zur poltrigen Selbstdarstellung missbrauchte, zeichnet ein Bild scharf, das wir intern schon seit einiger Zeit beobachten. Kürzlich prahlten zwei SVP-Vertreter beim Kaffee, sie hätten "es dem Sämi Schmid gezeigt" und mit den Linken zwei VBS-Kredite abgelehnt. "Nun", sagte ich, "dann müsst Ihr Euch nicht wundern, wenn man Euch genau so wahrnimmt!"*

*Unser Land braucht wieder konstruktive Kräfte. Wie lange geht es noch, bis das Schweizer Volk dies mit dem Wahlzettel zum Ausdruck bringen wird?*

*W. Donzé*

Walter Donzé, Grassiweg 34, 3714 Frutigen  
walter.donze@freesurf.ch

Aber jetzt zur Session! Sie war von Wahlen geprägt. Zunächst waren die Ratspräsidien neu zu besetzen. Yves Christen (FDP, Waadt) rückte auf den Präsidentensessel des Nationalrats – und Lilliane Maury-Pasquier bekam nochmals hohes Lob für die kompetente Führung des Rats. Dann aber wurde es still um sie. Nach ihrer Niederlage als Bundesratskandidatin wendeten sich die Scheinwerfer der Medien von ihr ab, und sie kehrte zurück in den Alltag eines "normalen" Ratsmitglieds. Erster Vizepräsident des Nationalrats wurde Max Binder (SVP, Zürich). In seinem Schatten macht sich Jean-Philippe Maitre (CVP, Genf) fürs Jahr 2005 bereit.



*Werden wir auch künftig in unserem Land trotz verschiedener Ethnien und Sprachen in Frieden und Gemeinschaft leben können?*

Während der Ständerat den Basler Gian-Reto Plattner (SP) zu seinem Präsidenten wählte, behandelten wir bereits letzte Differenzen beim Behindertengleichstellungsgesetz und die Volksinitiative "Gleiche Rechte für Behinderte". Der Rat lehnte den entsprechenden Bundesbeschluss mit 68:93 Stimmen ab. Wir drei EVP-Nationalräte befürworteten die Initiative, weil im Gesetz zu viele Kompromisse gemacht wurden. Stein des Anstosses waren die baulichen Forderungen. Man befürchtete, diese seien nicht bezahlbar. Immerhin hat der Verfassungsrat des Kantons Zürich eine gleichlautende Bestimmung aufgenommen, und das Kriterium der wirtschaftlichen Zumutbarkeit ist enthalten. Gleichstellung heisst, dass Behinderten ermöglicht wird, am gesellschaftlichen Leben wirklich teilzunehmen. Wenn sie nur bis zur Treppe des Gemeindehauses kommen, bleiben sie ausgegrenzt.

Am Dienstag, 26. November, lud unsere Fraktion Bundesrat Samuel Schmid in einem Pressecommuniqué in unsere Fraktion ein, falls er in seiner Partei nicht mehr anerkannt würde. Am gleichen Nachmittag sprach ihm die SVP-Fraktion (mit einer Enthaltung, aber in Abwesenheit von gewissen Hardlinern) das Vertrauen aus. Damit war unser Angebot leider für die Medien keine Erwähnung mehr wert. – Budget und Finanzplan prägten den Tag. Der Kürzung des Bundesbeitrags für die Verbilligung der Zeitungstransporttaxen um 20 Millionen (von welcher auch Spendenwerke betroffen sein könnten), widersetzten wir uns erfolglos. Tags darauf ärgerten wir uns über Profilierungsversuche der CVP bei Familienbeiträgen und der SVP bei landwirtschaftlichen Direktzahlungen. Die Wahlen 2003 lassen grüssen.

**Steuerpaket muss finanzierbar bleiben**  
Am Donnerstag vertrat ich die Fraktion in der Debatte um das gewaltige Steuerpaket. Sie wissen: Vor einem Jahr haben sich die Bürgerlichen massiv am Steuersubstrat des Bundes vergriffen. Bundesrat Villiger rügte dies als unanständig, konnte aber nur noch auf den Ständerat hoffen. Dieser stützte das Paket zusammen. Aber inzwischen stand nun auch fest, dass die Steuererträge für 2002 und die kommenden Jahre massiv nach unten korrigiert werden müssen.

### Steuerpaket muss finanzierbar bleiben

Die ursprüngliche Absicht der Steuervorlage war 1. die Beseitigung der Diskriminierung der Familie gegenüber den Konsensualpaaren (Konkubinat) durch substantielle Entlastungen für Verheiratete und Familien, 2. Erleichterungen beim Börsenstempel, um die Abwanderung aus dem Finanzplatz Schweiz zu vermeiden, und 3. der Ersatz des politisch abgenutzten Eigenmietwerts durch ein einfacheres System. Das Ganze sollte im Rahmen des Finanzierbaren geschehen. Und was ist aus der Vorlage geworden? Der Bundesrat möchte am liebsten, er hätte das Geschäft nie vorgelegt. Die Wirtschaft entzog den Familien einen Teil der

Ich hoffe, in der nächsten Legislatur seien wir EVP-Nationalräte nicht zu dritt, sondern mindestens fünf!  
NB: Alle drei waren immerhin bei der Quorumabstimmung anwesend...

### Ist Christoph Blocher ein ganzer Nationalrat?

Das macht mich betroffen: Da ist ein Regierungsmitglied, integer in seiner Art, gewissenhaft im Amt, sicher in seinen Dossiers, ausgewogen und zuverlässig in seinen Aussagen, stramm bürgerlich in seiner Ausrichtung – kurz ein Staatsmann, wie man ihn als Berner SVP-Vertreter und als Bundesrat kennt und achtet.

Und da ist seine Partei, die ihn ausgrenzt, weil er die radikalen Aktionen aus der Zürcher Zentrale nicht mitträgt. Ein halber Bundesrat sei er. Man sei – anlässlich der Ersatzwahl von Frau Dreifuss dreimal vor laufenden Kameras bekräftigt – mit ihm überhaupt nicht vertreten.

Und nun die kleine Episode: Der Abend scheint lang zu werden. Der Präsident will um 19.30 Uhr mit dem Steuerpaket beginnen. Den Grünen passt das gar nicht; sie hätten die ganze Vorlage liebend gern sogleich bachab geschickt. So kommt es ihnen gelegen, dass der Saal zu Beginn des Traktandums nicht voll ist. Sie verlangen das Quorum. Mit nur 81 Anwesenden ist der Rat nicht beschlussfähig. Folge: Unterbruch für eine Viertelstunde. Christoph Blocher zündet den Aargauer SVP-Präsidenten an, wo er denn seine Leute habe.

Da stelle ich mich vor ihn, schaue ihm in die Augen und sage etwas ganz Freches: – "Gemessen an seiner Präsenz, ist Christoph Blocher nur ein halber Nationalrat!" Das Gegenteil kann er ja nicht behaupten. Also tritt er die Flucht nach vorn an: "Genau – aber deshalb seid Ihr ja Drei!"



*Foto: Tagespresse*

Mittel zugunsten der KMU-Betriebe; die totale Abschaffung der Stempelsteuer wurde im zweiten Anlauf verhindert. In der Besteuerung des Wohneigentums muss der Ständerat nun die Abschaffung des Eigenmietwertes prüfen. Wir hatten massgeblichen Anteil an diesem Ergebnis! Dafür wurde eine sehr grosszügige Lösung für das Bausparen beschlossen. Am Schluss wird wohl alles in ein einziges Paket zusammen gefasst, damit das Familiensteuerpäckli nicht einzeln beschlossen werden kann. Der Ausgang ist noch offen und hängt von der Differenzbereinigung mit dem Ständerat ab. Möglicherweise müssen wir schweren Herzens am Schluss das Ganze ablehnen.



Karikatur aus "Der Bund", 7.12.2002

eine Bundesratswahl auf diese Weise für Wahlpropaganda missbraucht. Das Urteil über den Stil des Auftritts und die wiederholte Beteuerung, die SVP sei im Bundesrat nicht vertreten, überlasse ich Ihnen.

Im Anschluss an die Ersatzwahl war die ganze Landesregierung wieder zu wählen. Man munkelte, Pascal Couchepin würde sehr schlecht abschneiden. Sein selbstsicheres Auftreten wird nicht von allen goutiert. Noch mehr jedoch stand Ruth Metzler im Zenith der Kritik. Trotz allem erzielten beide ansprechende Wahlergebnisse. Am Mittwochmorgen der dritten Sessionswoche kam schliesslich der Bundesrat zur ersten Sitzung in der neuen Zusammensetzung zusammen. Mir scheint die neue Departementsverteilung ideal: Das Aussenministerium gibt Frau Calmy-Rey als Genferin internationales Renommée, Joseph Deiss kann für die CVP in der Volkswirtschaft mehr bewegen (und hat den UNO-Beitritt abgeschlossen), und Pascal Couchepin kann sich im Departement des Innern Aufgaben zuwenden, wo man von ihm einiges erwartet.

### Differenzbereinigungen bringen Hektik

Das war im voraus abzusehen: Verschiedene Geschäfte kamen in die Schlussrunde zwischen National- und Ständerat. Das heisst, für die Bereinigung der Differenzen werden am Rande der offiziellen Sitzungsdaten zusätzliche Kommissionssitzungen nötig (zum Beispiel schon um sieben, statt um acht Uhr, über Mittag oder am Abend). Auch die Unterlagen für die Abstimmungen im Plenum kommen dann kurzfristig auf den Tisch und erfordern von uns, dass wir uns gut organisieren. So bekam die Session trotz allerhand Feierlichkeiten Hektik. Nebenbei: Ich konnte es mir nicht leisten, an den Wahlfeiern teilzunehmen, weil ich im MSD-Büro dringende Arbeiten zu erledigen hatte (40Jahre-Jubiläum und Tage der offenen Türen).

Zum Feiern kam ich dann doch noch: Die CVP-Fraktion lud uns an ihr Jahresend-Essen ein. Mit unserer Präsenz drückten wir Anerkennung für die gute Zusammenarbeit aus.



Mit spitzem Stift nimmt der Zeichner Bürki von 24 heures den Bundespräsidenten – aufs Korn. Schmunzeln ist erlaubt.

### Bundesratswahlen

Mit Spannung erwartete man, wer als Nachfolger/in für Ruth Dreifuss in den Bundesrat einziehen würde. Die SP hat diese Wahl kompetent vorbereitet und konnte sich am Wahltag selber zurücklehnen, während CVP und FDP gegen die SVP antreten mussten! Der Anspruch der SP wurde von der Bundesversammlung nie in Zweifel gezogen. Die SVP aber trat nach dem knappen Ausgang der Asylinitiative arrogant auf und leitete aus dem Abstimmungsergebnis ab, die Hälfte der Schweizer Bevölkerung stehe hinter ihrer Partei. Persönlich verurteile ich, dass man

### Haben wir die richtige Bundesrätin gewählt?

Beide offiziellen SP-Kandidatinnen waren wählbar. Mit der Genferin ist die Romandie wunsch-gemäss vertreten. Frau Calmy-Rey, inzwischen Aussenministerin, wird nicht nur die UNO-Stadt Genf würdig vertreten. Ihr calvinistisch geprägtes Denken machte Eindruck. Frau Lüthi schien mir persönlich über mehr ressortübergreifende Kenntnisse zu verfügen.



Mit dem Bild des Palais d'Equilibre von der Expo beschwor Fulvio Pelli (FDP) das Gleichgewicht im Rat. Leider ist dieses durch die SVP-Aktivitäten in Gefahr.

### So kommen Sie an aktuelle Infos aus dem Internet

Nachgeführte Kürzest-Infos über die Ergebnisse der einzelnen Sessionstage im Nationalrat und Ständerat (Redaktion: NZZ online) finden Sie unter [www.parlament.ch](http://www.parlament.ch), Untermenü: "Die Sitzungen in Kürze".

[www.parlament.ch](http://www.parlament.ch) (Menü: "Die Bundesversammlung") bietet viel:

- aktuell (Abstimmungen, Bulletins)
- Die Räte (Mitglieder, Parteien usw)
- Sessionen (Programme SR und NR sowie Live-Übertragungen)
- Infothek, E-Doc-Berichte
- Aml. Bulletin (Wortprotokolle)
- Curia Vista (Geschäfts-Datenbank)
- Dossiers (aktuelle Themen)
- kleine Staatskunde

[www.swissinfo.org](http://www.swissinfo.org) ist eigentlich für Auslandschweizer gedacht, kann aber auch Ihnen super Informationen vermitteln. Geheimtipp: Am Fuss der Seite "swiss+politics" anklicken. Unter PolitNavigator können Sie schauen, welchem Ratsmitglied Sie am nächsten stehen.

Allerdings wurden wir dann in einem Pressecommuniqué schon fast mit der CVP verheiratet. – Mit meiner Gattin war ich in der dritten Sessionswoche Gast bei Bundesrat Couchepin an einem Diner auf Ebene der EFTA-Ministerräte in Interlaken. Da kommt man mit interessanten Leuten (auch über den Glauben) ins Gespräch.

### **Zivildienstgesetz: Wann wird Gewissensprüfung abgeschafft?**

Es war uns gelungen, das Geschäft mit dem Auftrag an die Kommission zurückzuweisen, die Abschaffung der Gewissensprüfung bei eineinhalb Mal so langer Dienstzeit zu diskutieren. Die moderne Armee XXI braucht nämlich viel weniger Leute, und auf dem blauen Weg (medizinisches oder psychiatrisches Gutachten) werden jährlich 12'000 Dienstpflichtige befreit. Die Kosten für die Gewissensprüfung an jährlich 1500 am ZD interessierten Männern belaufen sich auf etwa 4 Mio. Franken! Unseres Erachtens ist der Zeitpunkt gekommen, die unselige Gewissensprüfung abzuschaffen. Der Nationalrat war (noch) nicht bereit dazu. Das von Heiner Studer und Roland Wiederkehr seitens unserer Fraktion engagiert vertretene Konzept unterlag knapp mit 82:86 Stimmen.

### **Avanti – ma non troppo!**

Highlight für die Medien (inmitten der ermüdenden Differenzbereinigungen) war zum Schluss der Session sicher die Avanti-Initiative. Erstaunlicherweise reicherte die Verkehrskommission des NR den bundesrätlichen Gegenvorschlag mit der zweiten Gotthard-Tunnelröhre an. Sie überlud damit das Fuder. Seinerzeit beim FinöV-Kredit prophezeite man uns den finanziellen Kollaps der Schweiz. Hier werden Milliarden reserviert und sollen ausgegeben werden, um der Mobilität alle Schleusen zu öffnen. Der Tages-Anzeiger analysierte: "Es gibt im Nationalrat vernünftige Menschen, weniger vernünftige und Strassenlobbyisten. Das sind die Schlaumeier. Sie haben in der Debatte zur Avanti-Initiative begonnen, unter der Schwindeletikette "Gegenvorschlag" ein Ausbauprogramm für die Strasse zusammenzuleben, das nichts mehr mit Vernunft zu tun hat, aber mit viel List." Das sagt alles.

### **Wahlen ans Bundesgericht**

Zu bestellen war das Präsidium für 2003/2004, zu bestätigen die voll- und nebenamtlichen Richter/innen. Die EVP ist mit Theodor Loretan vertreten. Wir meinen, Gerichte seien entsprechend ihrer Kompetenz und nicht aufgrund ihrer politischen Verträglichkeit zu besetzen.

### **Krankenversicherung: Jeder will es besser wissen!**

Mühsam zog sich die Debatte um das KVG durch den Rat und verursachte ein Nachsitzen am letzten Tag. In der Regel setzte sich die Kommissionsmehrheit durch. Für die Aufhebung des Kontrahierungszwangs schien uns die Zeit noch nicht gekommen (Kassen könnten frei bestimmen, mit welchen Ärzten sie arbeiten wollen). Einen Erfolg konnten wir bei der Medikamentenverschreibung erzielen. Mit 75:73 entschied der Rat für (günstigere) Generika. Die einkommensabhängigen Krankenkassen-Prämien und Franchisen wurden abgelehnt.

### **Diverse Rahmenveranstaltungen**

Über Mittag und an drei Abenden machte ich mit. Die bisher aus meiner Sicht beste Begegnung war jene mit Roger de Weck, der uns die Verhältnisse in Deutschland seit der Öffnung erklärte und mit Bedauern die Entwicklung der Presse vom Journalismus über das Medienunternehmen hin zu den "Content Providers" erläuterte.

### **Parlamentsgesetz: Initiative auf Gesetzesesebene wird möglich**

Nach der ersten Behandlung blieben etwa 50 Differenzen zwischen NR und SR. Davon arbeitete der Nationalrat 34 ab. In weiteren 6 gab der Ständerat nach. Der Rest war auszuhandeln. Zum Beispiel: Rechtswirkung von Motionen, Bundesratswahl, Namensabstimmung.



*Unserer neuen Bundesrätin, Frau Micheline Calmy-Rey, wünsche ich ein segensreiches Wirken für die ganze Nation.*

### **Bankgeheimnis wird noch zu reden geben**

Im Zusammenhang mit dem Steuerpaket wurde eine Motion der WAK überwiesen, wonach rasch (und schon wieder) eine Unternehmenssteuerreform II eingeleitet werden soll. Möglicherweise fällt es mit ihrer Verabschiedung einigen Bürgerlichen leichter, das geschnürte Paket abzulehnen und damit das ursprüngliche Familienanliegen noch ganz gegen Steuererleichterungen für Unternehmen einzutauschen. Während die Ratslinke das Bankkundengeheimnis billig preisgab, versuchen Wirtschaftskreise es sogar in der Verfassung festzuschreiben, damit es ja nicht in bilateralen Verhandlungen geopfert werden kann. Für Diskussionsstoff dürfte vorläufig gesorgt sein.

### **Bildnachweis:**

Ich erlaubte mir, für dieses Info einige Bilder aus der Tagespresse zu scannen: Der Bund (S. 3), NZZ (S. 1) 24heures (S. 3), Berner Zeitung (S. 4).

### **Sie erreichen mich im Bundeshaus:**

Tel. 031 322 99 11  
Fax 031 322 78 04  
(während den Sessionen)

